Die Staats-Zeitung.

J. Geo. Ripper, Box 19.
Herausgeber.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, Januar 21, 1875.

Aufforderung!

Folgende Personen sind aufgefordert, ihre rückständige Schulden für die „Staatszeitung" innerhalb eines Monats einzuzahlen, widrigenfalls das „Hängen am Galgen" unvermeidlich sein wird:

Jacob Späth, Barbierer, von Carlisle.

Gerhart A. Bockel, Schneider, von Williamsport.

J. B. Jung, von Indiana, Pa.

R. C. Bell, von Cochranton, Crawford County.

Daniel Schweitzer, früher in Covode, Indiana County, wohnhaft.

John C. Stesholz, Pottstown, Montgomery County.

Joseph Ulrich, von Lebanon.

Louis Tiemann, Cigarrenfabrikant, Baltimore, Md.

August H. May, früher in Baltimore wohnhaft, soll sich aber jetzt in Philadelphia aufhalten.

Sigismund Raupp, ein Bäcker, früher in Altoona, jetzt in Kittanning wohnhaft.

Jakob B. Meyer, von Danville ein Hausirer.

Charles Kemmerer, von Lock Haven, ein Schuhmacher.

Adam Vogel, ein Barbierer, früher in Cambria City wohnhaft.

John Groh ebenfalls ein Barbierer, und früher in Conemaugh Borough wohnhaft.

Conrad Schleit, ein Schmied, von Mountville.

(Fortsetzung folgt.)

Inauguration.

Der neuerwählte Lieutenant-Governör Latta wurde am Dienstag unter entsprechenden Feierlichkeiten in der Senats-Halle inaugurirt. — Hr. Latta wird jetzt den Sprecherstuhl als oberster Beamter des Senats einnehmen.

Ableben eines Repräsentanten.

Der Achtb. Wm. H. Fagan, von Philadelphia, demokratisches Mitglied des Hauses der Repräsentanten, starb am Montag Morgen im Bolton Hotel allhier. — Dies ist der fünfte Todesfall unter den Mitgliedern der Gesetzgebung, welche letzten Herbst erwählt wurden. Es starben drei Demokraten und zwei Republikaner seitdem.

Der Ver. Staaten Senat.

Am 4. März d. J. erlischt der Amtstermin von Senatoren der folgenden Staaten: Alabama, Californien, Connecticut, Florida, Georgia, Indiana, Maine, Maryland, Massachusetts, Michigan, Minnesota, Mississippi, Missouri, Nebraska, Nevada, New-Jersey, New-York, Ohio, Pennsylvanien, Rhode Island, Tennessee, Texas, Virginien, West-Virginien und Wisconsin. Von den 26 ausscheidenden Senatoren sind 16 Republikaner, 6 Demokraten und 4 Liberale.

Ganz am Platze.

In der Gesetzgebung von Ohio ist eine Bill eingereicht worden, nach welcher kein Beamter der Regierung einen Verwandten für ein Amt ernennen darf. Das ist ein Seitenhieb auf Grant, der allen seinen Vettern und Basen Aemter verschafft.

Es sollte uns jetzt gar nicht wundern, wenn Grant jenen blutdürstigen Landvogt, Phil. Sheridan, nach Columbus schicken, und den Buckeyes mehr Respekt vor dem Präsidenten einflößen würde, denn es ist wirklich unerhört, gegen die Anstellung alter Basen (besonders wenn sie keine Zähne haben) zu protestiren.

Ver. Staaten Senatoren erwählt.

Der Achtb. Francis Keenan wurde von den Demokraten in New-York als Ver. Staaten Senatoren erwählt. Die Wahl fand gestern statt.

Die Demokraten von Indiana haben den Achtb. Joseph E. McDonald als Ver. Staaten Senator erwählt. Hr. M. ist in Ohio geboren, war früher ein Jahr im Congreß, und stimmte für die Abschaffung der Sclaverei im Distrikt Columbia. Er soll einer der fähigsten Männer des Staates sein.

General Frank M. Cockrell wurde am letzten Samstag in Jefferson City von den Demokraten in Missouri nit einer großen Mehrheit als Ver. Staaten Senator nominirt.

Wo das Geld hingeht.

Der republikanische Senat von Pennsylvanien hat einen Barbierer mit einem Gehalt von $1 500 während der Sitzung angestellt! Das Geld kommt aus den Taschen des Volkes, um die großen Herren zu barbieren, sowohl als auch um Rum und Cologne-Wasser für diesen Zweck anzuschaffen. Es sind ja blos $1,500; und nach diesen kräht kein Hahn.

Wäre es nicht zweckmäßig, wenn die Herren Senatoren nun auch noch Türkische Badhäuser, Stiefelwichser und Chinesen einführten, um ihre schmutzige Wäsche zu waschen?

Das demokratische Haus hat seinen Barbiererssaloon abgeschafft, und das Zimmer zum Aufhängen der Röcke und Hüte verwendet.—Das ist vernünftig.

Wie gefällt Das?

Präsident Grant hat in seiner Botschaft an den Congreß über die Finanzbill sich zu Gunsten der Wiedereinführung des Zolls auf Thee und Kaffee erklärt!

Das klingt schön. Wie oft haben nicht schon Grant und seine Partei erklärt, daß sie die wahren Freunde des armen Mannes seien, und jetzt wünscht Grant, daß Thee und Kaffee,—Lebensmittel, welche der arme Mann braucht, taxirt werden?

Warum bringt Grant nicht drauf, daß auch die Bondhalter taxirt werden? Davon ist er mäuschenstill; und warum? weil er mit diesen unter einer Decke spielt. Nur den Armen zu unterdrücken, und diesem den letzten Cent zu erpressen, das ist, was er und seine reiche Parteiklepper wollen. Sind Kaffee und die übrigen Lebensmittel nicht jetzt schon zu hoch, ohne noch einen höheren Tax auf dieselbe zu legen? Der Himmel behüte uns vor solcher Freundschaft des Präsidenten und seiner radikalen Helfershelfer.

Ver. Staaten Senator.

Letzten Donnerstag versammelten sich die demokratischen Mitglieder der Legislatur im Haus der Repräsentanten, um zur Nomination eines Candidaten für die Ver. Staaten Senatorstelle zu schreiten. Beinahe sämmtliche Mitglieder waren anwesend.

Nachdem sich die Versammlung durch die Wahl des Achtb. Senator Wm. H. Playford als Präsidenten, Hrn. Edward P. Kearns als Sekretär, und Major Elbridge McConkey (von Harrisburg) und Geo. D. Herbert als Stimmenzähler ernannt worden waren, schritt man zur Nomination eines passenden Candidaten.

Hr. W. P. M'Nite von Huntingdon nominirte den Achtb. Wm. A. Wallace von Clearfield County.

Hr. Chas. R. Gentner von Philadelphia, den Achtb. Henry M. Phillips von Philadelphia.

Senator Daniel Ermentrout von Berks County, den Achtb. Hiester Clymer von Berks.

Hr. H. B. Piper von Westmoreland County, den Achtb. Edward Cowan vom selben County.

Hr. John B. Gemmill von York County, den Achtb. Jeremiah S. Black von ebendaselbst. Und

Hr. John M. Irvin von Pittsburg, den Achtb. James P. Barr, Herausgeber der Pittsburg "Post".

Von den Herren Barr und Cowan, wie auch von Hrn. B. M. Boyer, gingen Schreiben ein, worin sie für die Nennung ihrer Namen dankten, die Mitglieder des Caucus zur Einigkeit ermahnten, und ihre Ansprüche auf die Candidatur zurückzogen. Auch Hrn. Philips' Name wurde zurückgezogen.

Beim ersten Balloliren erhielten

Hr. Wallace	100 Stimmen.
Hr. Clymer	14 „
Hr. Black	8 „

Abwesend waren, die Herren Senatoren Wallace und Wood, und die Repräsentanten Deparmon, Fagan, Ryan und Sturdevant.

Folgende Herren stimmten für Hrn. Clymer:

Die Senatoren Albright von Lehigh County, Ermentrout von Berks County, Clark von Westmoreland County, und Rowland von Pike County, und die Repräsentanten Andre, Dry, Miller, Smith und Warner von Berks County, Fogle und Groß von Lehigh County, M'Henry von Columbia County, Shidle von Allegheny County und Bedford von Sullivan County.

Für Hrn. Black stimmten Senator Buffy von York County, und die Repräsentanten Barnett von Washington Co., Darby von Fayette Co., Lechron von Franklin Co., und Austine, Stevens, Myers und Gemmill von York County. — Sechs derselben stimmten später für Hrn. Wallace.

Die übrigen Anwesenden stimmten ebenfalls für Hrn. Wallace, so daß bei der zweiten Abstimmung sich folgendes Resultat herausstellte:

Wm. A. Wallace,	106 Stimmen.
Hiester Clymer,	14 „
Jeremiah S. Black,	2 „

Hr. Georg T. Groß von Lehigh Co. machte sodann den Vorschlag, daß die Nomination des Hrn. Wallace einstimmig gemacht werde. Dieser Vorschlag wurde von Hrn. Senator Ermentrout von Berks, und Hrn. W. Cooper Talley von Delaware County unterstützt und angenommen. Blos vier Mitglieder stimmten dagegen, nämlich Senator Rowland, und die Repräsentanten Pike, M'Henry und Bedford.

Die Herren Smith von Berks County, M'Lean von Westmoreland, und Darby von Fayette County, wurden als eine Committee ernannt, um Hrn. Wallace von seiner Nomination in Kenntniß zu setzen.

Kurz nachher kehrte die Committee mit Hrn. Wallace in den Caucus zurück, wo Hr. W. eine kurze Ansprache hielt. Er dankte den Herren für die Ehre, mit welcher sie ihn überhäuft hätten, und versprach, stets die besten Interessen des Volkes und des Staates im Auge zu haben. Niemand, fuhr Hr. Wallace fort, soll je Ursache haben, sich seiner (Wallace's) Stimme im Senat zu schämen; und da er bisher immer versucht habe, seiner Partei getreu zu bleiben, so würde es auch in der Zukunft sein Studium, Interessen und Ziel sein, in den Frontreihen der Demokratie des glorreichen Schlüsselstein-Staates zu kämpfen. Er sprach mit vieler Wärme, Eloquence und Energie etwa 20 Minuten lang, und wurde am Schluß seiner kräftigen Rede laut applaudirt und beglückwünscht.

Die Versammlung war eine sehr harmonische, und schienen die Anwesenden mit der Nomination höchst befriedigt zu sein.

Der Achtb. Wm. A. Wallace als Ver. Staaten Senator.

Wie aus einem anderen Artikel in dieser Nummer zu ersehen ist, wurde der Achtb. Wm. A. Wallace von Clearfield County, am letzten Donnerstag von den demokratischen Mitgliedern beider Zweigen der Gesetzgebung als Candidat für die Ver. Staaten Senatorstelle nominirt.

Die wirkliche Wahl fand erst gestern (Mittwoch) Mittag statt; da aber unser Blatt bereits Dienstags Nachts zur Presse geht, so sind wir außer Stande näheres über die Wahl in dieser Nummer zu bringen.

Botschaft des Präsidenten über die Finanzen.

Der Präsident hat die neue Finanz-Bill durch Unterschrift genehmigt, und mit derselben dem Senat eine Botschaft übersendet, welche seine Ansichten über die Wiederaufnahme der Hartgeld-Zahlung enthält.

Er sagt darin, er thue diesen ungewöhnlichen Schritt, weil die Maßregel so höchst wichtig sei und weil er weitere Gesetzgebung empfehlen möchte, die er zur Ausführung des Gesetzes für nöthig hält.

Es sei erwünscht, daß der Tag zur Wiederaufnahme bestimmt sei, aber Das lege dem Congreß die Pflicht auf, dieses Versprechen nach Kräften zur Erfüllung zu bringen.

Er schlage deßhalb eine Vermehrung des Einkommens vor, um dem Sinking Fund jährlich 1 Prozent der öffentlichen Schuld zu sichern, das jetzt etwa 34 Millionen jährlich beträgt, und um das Versprechen auszuführen, daß in bestimmten Fällen 80 Millionen Greenbacks und auf alle Fälle das umlaufende Papier-Kleingeld aus dem Verkehr gezogen würden.

Der Congreß hat allerdings zu bestimmen, wie die Steuern vermehrt werden sollen, aber der Präsident erlaubt sich den Vorschlag, die Steuer auf Thee und Kaffee wieder einzuführen, und die Herabsetzung der Zölle um 10 Prozent, durch das Gesetz vom 6. Juni 1872, zu widerrufen! Allerdings würde Kaffee und Thee an Hand im Preise dadurch steigen, aber es sei ja bekannt, daß die Steuerfreiheit dieser Artikel dem Publikum nicht durch wohlfeileren Preis zu Gute gekommen wäre. (Natürlich nicht, weil Spekulanten und Wucherer vom Congreß in Schutz genommen werden, und freies Spiel haben.—Anm. d. Red.)

Um den Schwankungen von Silber und Gold zu begegnen und die Ausfuhr von Silber zu verhindern, schlägt der Präsident ferner vor, daß der Schatzsekretär Legal Tender Noten in Summen von $100 an gegen Gold zu einer Prämie von 10 Prozent, nach Abzug von 2½ Prozent Jahresinteresse, einwechsele, und zwar vom 1. Juni 1875 an bis zum Datum, wo dieses Gesetz in Kraft tritt (1. Januar 1879). Die Prämie aber soll von Jahr zu Jahr vermindert werden und ebenso der Interessensatz, so daß dadurch Papiergeld mit Gold Pari stehn werde mit Beginn von 1879, wo die Hartgeld-Währung anfangen soll. Zehn Prozent Prämie schlage er deshalb vor, weil dadurch das Silber im Lande bleiben werde.

Aber außer diesen Vorschlägen sollen auch noch andere Maßregeln, im Congreß beschlossen werden, bezüglich einer größeren Effektivität der Münzen, um den steigenden Bedürfnissen nach Baargeld nachkommen zu können, und bezüglich Errichtung neuer Zweig-Münzen in weniger größeren Städten des Landes. Schließlich empfiehlt der Präsident diese wichtige Angelegenheit dem Congreß und spricht den Wunsch aus, daß sich das Volk durch die Presse an dieser Diskussion betheilige, damit das Beste durch dieses vorzügliche Gesetz erreicht werde. Unterzeichnet 14. Jan. 1875. U. S. Grant.

Die Willkührherrschaft in Louisiana.

Wir haben bereits in letzter Nummer der „Staatszeitung" unsre Meinung in Bezug der tyrannischen Willkühr- und Säbelherrschaft in Louisiana ausgesprochen, und dieselbe verdammt. Da es indessen noch republikanische Blätter gibt, welche die ganze Geschichte verdrehen, und Grant sowie Sheridan wegen ihres niederträchtigen Betragens belobhudeln, so lassen wir hier nachstehende Bemerkungen folgen, welche wir der „New Orleans Deutschen Zeitung" entnehmen, ein Blatt, das bisher immer mehr zu Gunsten der Republikaner war, und selbst an Ort und Stelle gedruckt wird, in einer ihrer letzten Nummern über den Thatbestand zu sagen hat:

Ein wahnsinniger Landvogt!

„Der wahre Zweck der „geheimen Mission" des Generallieutenants der Armee nach New-Orleans tritt von Tag zu Tag mit immer überraschenderer Klarheit und solcher Deutlichkeit hervor, daß Einem die Augen dabei übergehen. Daß der militärisch-politische Staatsstreich vom 4. Januar so recht eigentlich sein Werk war, daß weder Emory, noch de Trobriand, ohne den ausdrücklichen Befehl ihres Vorgesetzten, die ihnen unterstehenden Truppen zur gewaltsamen Durchführung der Kellogg'schen Pläne verwendet haben würden, steht unumstößlich fest. Daß Sheridan dabei auch wieder nur die Instruktionen des Präsidenten und seines Rathgebers Williams befolgt liegt gleichfalls auf der Hand. Man war von alledem vorweg überzeugt, sobald Sheridan's Sendung hierher bekannt wurde. Worauf man jedoch nicht vorbereitet war, das ist die unerhörte Brutalität die ausgesucht provozirende Art und Weise, von Sheridan's Auftreten in New Orleans. Er kam hierher, angeblich, wie er selbst erklärt hat, auf einer Erholungs- und Vergnügungsreise nach Cuba. Als er hier einmal heimische in New-Orleans die vollkommenste Ruhe, der tiefste Friede. Was konnte nun Sheridan veranlassen, urplötzlich die vorgenommene trügerische Maske des unbetheiligten Besuchers und unparteiischen Zuschauers fallen lassend, in der Rolle des fluchtaffelnden, zornsprühenden, mit den gräulichsten Drohungen, mit den unwahrsten Beschuldigungen und mit den schändlichsten Verleumdungen um sich werfenden Bramarbas aufzutreten? Wie kam Sheridan urplötzlich, nach einem Aufenthalt von wenigen Tagen im St. Charles Hotel, zu der, in seiner ersten an den Kriegs-Minister gerichteten Depesche, enthaltenen, empörend übertriebenen, geradezu erlogenen und erfundenen Schilderung der gesammten weißen Bevölkerung von Louisiana, als eines Haufens nichtswürdiger Gesetzesverächter und Mörder? Gerade der Zeitpunkt seines Eintreffens und Verweilens dahier, hätte jeden Anderen mit Staunen und Bewunderung erfüllt über die unglaubliche Mäßigung und Selbstbeherrschung, mit denen eine ganze Bevölkerung eine Vergewaltigung ertrug und nicht blutig strafte, die das Volk von New-York oder Ohio auch nicht eine Stunde ungestraft gelassen hätte!

Kaum aber war der verläumderische Brief des Generals an den Kriegsminister erschienen, und hatte zu den entrüstetsten Protesten aller Klassen der Bevölkerung, Republikaner wie Conservativer geführt, so erschien ein zweiter Brief Sheridan's an den Kriegsminister, noch erstaunlicheren, drohenderen Inhaltes als der erste. (Folgt Sheridan's Banditen-Proclamation.) Der Mensch, der Vorstehendes schrieb, ist entweder ein Rasender oder ein Verbrecher! Wir bezweifeln, ob im ganzen Staate ein Mensch, und wäre er der gewissenloseste, käuflichste Schuft, gefunden werden kann, der Männer wie Penn, wie Ogden, als „Banditen" brandmarken würde! Stellet Kellogg, Packard, und um in die tiefsten Tiefen zu steigen, stellt selbst Hugh J. Campbell auf den Zeugenstand und befragt sie über den Charakter und den Werth jener Männer.

Nein! der Zweck dieser infamen Provokation liegt offen dar vor der Welt:

Es war unmöglich, durch die plumpsätzig angelegte Schurkerei des „Returning-Boards" das Volk von New-Orleans zu einem neuen Aufstand zu provoziren, den man mit blutiger Strenge unterdrückt, und zum willkommenen Vorwand für eine neue radikale Reconstruktion genommen haben würde.

Es war unmöglich, das Volk von New-Orleans dazu zu treiben, daß es ein fürchterliches Strafgericht über die schuldigen Schurken ergehen ließ, die es seit Jahren mit Füßen getreten, und eben erst wieder um die Früchte seines friedlich am Stimmkasten errungenen Sieges schmählich betrogen haben.

Auch als der Büttel von Chicago seine Bajonette Kellogg zur Verfügung stellen ließ, um mit denselben die erwählten Vertreter des Volkes gewaltsam aus den Hallen seiner Gesetzgebung zu werfen, war dieses als ein Haufen „Mörder" und „Banditen" verlästerte Volk nicht aus seiner resignirten, würdevollen Haltung in einen Conflikt zu hetzen, den an den Haaren herbeizuziehen, wiederholt die bestimmtesten, dringendsten Befehle aus dem Cabinet des corrupten „Ministers der Ungerechtigkeit" in Washington ergangen waren.

Wäre das Volk von New Orleans, wären die Chefs und Mitglieder der „Weißen Liga" wirklich die „Banditen" gewesen, als welche sie der wahnsinnige Landvogt vom Departement des Missouri brandmarkt, so hätten sie sich den Namen bereits wirklich verdient, und die Raben hätten schon längst den letzten Fetzen Fleisch von den Cadavern eines Dutzend der infamsten Schufte abgenagt, die je das Sonnenlicht beschienen hat!

Wird Sheridan den verruchten Zweck, den er als „Alter Ego" seines Vorgesetzten und Waffengenossen Grant mit diesen beispiellosen Beleidigungen einer ganzen Bevölkerung verfolgt, erreichen können? Er sucht um die Autorisation nach, eine Anzahl unserer geachtetsten, wirklich verdientesten Männer, wegen ihrer Betheiligung an der Revolution vom 14. September, vor seine Kriegsgerichte schleppen, als vogelfreie „Banditen" prozessiren und zum schimpflichen Tode am Galgen verurtheilen lassen zu können. Es ist vielleicht ihm, gewiß aber selbst Grant's bösem Geiste Williams nicht Ernst mit einem solchen Verbrechen, das seines Gleichen nur in der Greuelthat von Arad finden würde.

Was also ist der Zweck, den dieser rasende Landvogt im Auge hat?

Bei der Verhaftung Penn's, Ogden's und anderer hervorragender Männer den gewaltsamen Widerstand eines durch das Uebermaß seiner Mißhandlung selbst rasend werdenten Volkes zu provoziren, um endlich einmal den heißen Wunsch der gewissenlosen Führer seiner Partei in Washington, ein Complott der Bevölkerung von New-Orleans mit den Bandesdaconetten zu erzwingen, erfüllen zu können.

Kann der Congreß, kann das Volk im Norden, das diesem greuelvollen Drama mit verschränkten Armen theilnamlos zusah, ernstlich wollen, daß der höllische Plan, der nunmehr in seiner ganzen Scheußlichkeit unverhüllt, vor Aller Augen liegt, wirklich gelinge?"

Pennsylvania Legislatur.

Harrisburg, 12. Januar.

Senat.

Mr. Chestnut offerirte einen Beschluß, welcher gegen das Verfahren der Bundesregierung in Louisiana protestirt.

Mr. Shany beantragte den Beschluß dem Committee für föderale Angelegenheiten zu überweisen. Angenommen.

Der Senat bestätigte Henry Van Reed als Richter von Bucks County und Herrn Craig Biddle als Richter in Philadelphia.

Folgende Bills wurden eingereicht:

Von Mr. Rutan eine Bill behufs Festsetzung der Gehalte der Richter der Supreme Court, der verschiedenen Judizial-Distrikte und der separaten Waisengerichte. Folgende Gehalte sind in der Bill angesetzt:

Oberrichter der Supreme Court $8000 per Jahr. Beisitzende Richter dieser Court $7000 per Jahr. Richter der Court of Common Pleas von Allegheny $6000 jeder und der präsidirende Richter von Dauphin County $5000. Die präsidirenden und beisitzenden rechtskundigen Richter der anderen Counties jeder $4000.

Der Richter der verschiedenen Waisengerichte, wo solche Gerichte jetzt existiren oder später vom Gesetz creirt werden, $3500 jeder. Die beisitzenden, nicht rechtskundigen, Richter erhalten $5 per Tag im Amt. Jedoch soll keiner dieser Richter weniger als $300 per Jahr erhalten.

Außerdem erhalten die Richter der Common Pleas 15 Cents Meilengeld für jede Meile, die sie in Amtsgeschäften zu reisen haben. Die Gehalte und Meilengelder sind vierteljährlich vom Staatsschatzmeister zu zahlen.

Der Präsident pro tem. kündigte die Zusammensetzung des Centennial-Committee wie folgt an:

Anderson, Crawford, Alexander, Heilman, Strang, Rutan, Davis, Dunkel, McNeill, Wallace, Nagle, Bechtel, Ermentrout und Ferkes.

Auf Antrag von Mr. Stanton wurde folgende Resolution verlesen und angenommen:

In Erwägung, daß gegenwärtig in den Kohlenregionen dieses Staates großes Elend herrscht, und

In Erwägung, daß dies die Folge einer Combination der Kohlen Compagnien und einzelner Kohlengrundeigenthümer ist, welche den Zweck hat, den Arbeitslohn herabzudrücken und den eigenen Gewinn zu erhöhen; deßhalb sei:

Beschlossen, daß der Präsident des Senats pro tem. ermächtigt werde, ein Committee von fünf Senatoren zu ernennen, dessen Pflicht es sein soll, sich mit einem von den Minern desagter Kohlen Regionen zu ernennenden Committee über diese Zustände zu berathen und sobald als möglich eine Bill einzuberichten, welche die vorhandenen Uebel beseitigen und solchen Combinationen von Kohlen-Compagnien und Grundbesitzern vorbeugen kann.

Folgende Bills wurden vorgelegt:

Von Mr. Dunkle ein Gesetz, welches das Verbrechen des Menschenraubes und der Verbergung von Kindern, um Geld zu erpressen, definirt und bestraft. Das Gesetz schreibt vor, daß wenn Jemand böswillig, sei es durch Zwang oder Betrug, ein Kind unter 10 Jahren von seinen Eltern oder Pflegern hinweggeführt oder verlockt oder verleitet, mit der Absicht, um Geld oder andere Werthsachen für die Wiederherausgabe des Kindes zu erpressen, soll jene Person des Verbrechens schuldig sein und wenn derselben überführt, zu einer Geldstrafe von nicht mehr als zehn Tausend Thalern und zu einer Gefängnißstrafe von nicht mehr als fünfundzwanzig Jahren bei Einzelhaft und Arbeit verurtheilt werden.

Wenn Jemand wissentlich ein solches gestohlenes Kind verbirgt oder bei der Verbergung desselben behülflich ist und dieselbe verheimlicht, so soll diese Person eines Verbrechens schuldig sein und zu nicht mehr als $5000 Geldstrafe und nicht mehr wie 15 Jahre strenger Gefangenschaft verurtheilt werden.

Mit dem Vorhalt, daß dieses Gesetz sich nicht auf ein Kind bezieht, welches vor der Passirung dieses Gesetzes entführt wurde, im Falle die Personen, welche dieses Kind beherbergt oder verborgen haben, innerhalb dreißig Tagen nach der Passirung dieses Gesetzes, dieses Kind an dem nächsten Magistrat oder Friedensrichter ausliefern.

(Diese Bill hat Bezug auch auf den kleinen Charley Roß.)

Mr. Anderson legte eine Bill vor, behufs Exemption von $600 und gewissem persönlichen Eigenthum, bei Klagen auf Beschlagnahme und Execution. Ferner eine Bill, behufs Autorisirung der Ausstellung von Hypotheken auf bewegliches Eigenthum (Chattel Mortgages.)

Von Mr. Rutan, ein Gesammt-Beschluß betreffs Anstellung von mehr Beamten in beiden Häuser der Legislatur.

Haus.

Mr. Rutter offerirte eine Resolution, welche die Geistlichkeit in Harrisburg ersucht, abwechselnd die Sitzung durch ein Gebet zu eröffnen. Angenommen.

Mr. Billingsly offerirte eine Resolution, welche von dem Congreß Maßregeln zur Verbesserung des Obflusses verlangt.

Mr. Huhn stellte das Amendemen, auch den Delaware mit einzuschließen.

Mr. Fincher offerirte eine Resolution, nach welcher jeden Morgen die Mitgliederliste verlesen und die Abwesenden notirt werden.

Wurde auf unbestimmte Zeit zurückgelegt, da viele Mitglieder häufig wegen Committee-Sitzungen abwesend wären und die Ausführung dadurch beinahe unmöglich würde.

Eine lange Discussion entstand über die Frage, ob Samstags Sitzungen gehalten werden sollten, die von den alten Mitgliedern als resultatlos bezeichnet wurden, während die neuen dafür waren. Abgelehnt mit 116 gegen 68 Stimmen. Jeden Freitag wird sich das Haus um 1 Uhr vertagen bis zum Montag Abend um 7 Uhr.

Es wurde dann ein Beileidsbeschluß bezüglich 4 verstorbener Mitglieder von einem dazu gewählten Committee eingebracht und wurden Reden gehalten.

Louisiana Resolution.

Mr. Gorman, Dem., von dem Special-Committee für die Wirren in Louisiana brachte folgende Resolution ein:

„In Erwägung, daß unter der Constitution der Ver. Staaten die Bundesarmee zur Unterdrückung von inneren Unruhen nur benutzt werden darf auf Verlangen der Legislatur, oder wenn diese nicht versammelt werden kann, auf Ansuchen des Governörs eines Staats; und

In Erwägung, daß am ersten Montag im Januar, dem von der Constitution zur Versammlung der Legislatur von Louisiana festgesetzten Tage, als die General-Assembly in Sitzung und mit ihrer Organisation beschäftigt war, ein Theil der Bundesarmee unter Autorität des Präsidenten der Ver. Staaten dem sogenannten Governör von Louisiana zur Disposition gestellt, Personen mit Gewalt aus ihrem Sitze entfernt haben, welche Anspruch darauf machen, gesetzlich erwählte Mitglieder der Legislatur zu sein; und da dieser Akt der Usurpation und gesetzwidrigen Gewalt die Sanction des Präsidenten Grant erhalten hat; und

In Erwägung, daß es ein constitutionelles Recht und Prärogativ eines freien Staates ist, über die Qualifikation seiner eigenen Mitglieder zu entscheiden, deshalb sei

Beschlossen, daß das Haus des Repräsentanten von Pennsylvanien, indem es für sein Volk spricht, feierlich gegen einen so schändlichen Mißbrauch der dem Präsidenten übertragenen Gewalt protestirt. Wir protestiren dagegen als gegen einen Präcedenzfall, welcher den Willen der Executive und der Bundesdaconette an Stelle der Funktionen der Legislatur setzt bei Bestimmung der Qualification ihrer Mitglieder, wodurch die persönliche Freiheit und eine freie Regierung in Gefahr gebracht wird.

Beschlossen, daß wir dem Takte alles Lob zollen, welchen Die, deren Rechte auf so unconstitutionelle Weise verletzt worden sind, bewiesen haben und wir versichern dieselben der Sympathie Aller, welchen die Bewahrung der bürgerlichen Freiheit, auf welche unsere Regierungsform gegründet ist, am Herzen liegt.

Beschlossen, daß Abschriften der vorgehenden Beschlüsse durch den Sprecher dieses Hauses an den Präsidenten der Ver. Staaten und die Senatoren und Repräsentanten im Congreß, von diesem Staate und an die Governörs der verschiedenen Staaten befördert werden."

Diese Beschlüsse wurden mit 102 demokratischen gegen 85 republikanische angenommen.

Die öffentlichen Schulen im Staate Pennsylvanien.

Nach einem Berichte des Superintendenten der öffentlichen Schulen im Staate haben wir nicht weniger als 2071 Schul-Distrikte mit 16 641 Volksschulen und 5586 höheren Schulen. Die Verwaltung dieser Schulen steht unter der Aufsicht von 86 Superintendenten, 13,750 Schul-Direktoren. Sie besitzen 89 327 Lehrer, von denen die männlichen Lehrer durchschnittlich per Monat ein Salair von $42.95 und die Lehrerinnen ein solches von $35 87 beziehen. Im Ganzen genießen 850,774 Kinder den öffentlichen Schulunterricht, doch werden die Schulen nur von 543 026 Schülern regelmäßig besucht, also etwa von 67 Prozent der ganzen Anzahl. Der Unterricht kostet per Monat für jedes Kind durchschnittlich 95 Cents und wird für Unterricht in den öffentlichen Schulen im Ganzen per Jahr die Summe von $5,527 308.04 ausgegeben. Dazu kommen Baukosten, Reparaturen, Miethe für Schullokale etc. zum Betrage von $2,160 514 87 und die sonstigen Ausgaben für Heizungs-Material, Schulbücher, Interessen etc. belaufen sich auf $2,050 106 98, so daß mit Einschluß unvorhergesehener Ausgaben das öffentliche Unterrichtswesen im Ganzen $8,847 939 88 kostet. Die Schul Gebäude etc. haben einen Werth von $22 569 668.00.

Außerdem werden $450 879 49 für Waisenschulen und $110,000 für Normalschulen ausgegeben, so daß das Schul-Department jährlich $9,408,819.37 verausgabt.

Während des letzten Jahres sind 21 neue Schul-Distrikte gegründet worden, und wurden 615 neue Schulen aller Art eröffnet. Es wurden 238 weitere Lehrer angestellt und 16,754 weitere Schüler angenommen. Der Schulbesuch hat sich im letzten Jahre erheblich gebessert. Die Unkosten für den Schul-Unterricht nahmen im letzten Jahre um $201 510 56 und die Ausgaben überhaupt um $502 103.47 zu.

Seit dem Jahre 1865 sind die Ausgaben für den öffentlichen Unterricht von $3 614 236.00 auf $8 847 939.00 per Jahr gestiegen.

Die Pennsylvania Eisenbahn-Compagnie. — Die neue Anleihe der Pennsylvania Eisenbahn-Gesellschaft, zum Betrage von 3 Mill. Pfd. Sterling oder $15 000,000, die durch die London Atlantic Comp. zu 91 Cts. Gold per Dollar auf dem Londoner Markt gebracht wurde, hat großen Anklang gefunden und in wenigen Tagen waren 8 Million Pfd. St. gezeichnet. Dies ist ein Theil der neuen autorisirten 6prozentigen Anleihe und die schnelle Placirung desselben gibt einen Beweis von dem Vertrauen, welches die Pennsylvania Eisenbahn-Compagnie auf dem Londoner Geldmarkt genießt.

Die Conducteuren dieser Bahn haben nun auch Gehülfe bekommen für das Einsammeln der Fahrbillets, da in Folge der Regulirung der Züge per Telegraph sie auf die Führung ihres Zuges mehr als früher achten müssen.

Auch hat diese Compagnie soeben ihren Eisenbahn Wegweiser für 1875 herausgegeben, welcher volle Information gibt über ihre verschiedenen Routen nach Boston, N. York, Baltimore, Washington, Pittsburg, Erie, Buffalo, Harrisburg rc. nebst Angabe der Entfernungen nach allen Zwischenstationen und die Ankunft und Abfahrt der Züge auf den Letzteren. Das Büchelchen ist in den verschiedenen Offices der Pennsylvania Eisenbahn auf Applikation gratis zu haben.

Oeffentlicher Unterricht in Deutschland und in den Ver. Staaten. Die „Chicago Tribune" stellt zwischen dem Volksunterricht hier und in Deutschland folgenden Vergleich an: Deutschland und die Ver. Staaten haben nahezu dieselbe Einwohnerzahl. Unsere Schulen sollten daher von ebenso viel Kindern besucht werden, wie die deutschen. Dies ist jedoch bei weitem nicht der Fall. Im Jahre 1871 besuchten in Deutschland 6 200 000 Knaben und Mädchen die öffentlichen Schulen. Gegenwärtig ist deren Anzahl noch größer, einestheils in Folge der Zunahme der Bevölkerung, anderntheils in Folge der, im Schulsystem bewerkstelligten Verbesserungen, und der strengeren Handhabung des Schulzwangs. Der Bundeecommissär für Unterrichtswesen gibt dagegen in seinem Bericht für 1873 nur 4 815 879 als die Zahl der hierzulande die Schulen besuchenden Bevölkerung an—1 350 000 weniger als in Deutschland. Dies ist jedoch nicht Alles. Ein noch bedeutendere Unterschied entspringt aus der Dauer des Schuljahrs. In Deutschland werden alle Kinder von ihrem sechsten bis zu ihrem vierzehnten Lebensjahr zum Schulbesuch angehalten und genießen während dieser Zeit in jedem Jahr einen mehr als zehnmonatlichen Unterricht. In den Ver. Staaten empfängt das Kind, das dem Namen nach eine Schule besucht, auf dem Lande nur drei bis fünf Monate lang, in den Städten fünf bis acht Monate lang, seinen Unterricht. Der erwähnte Bericht über das Unterrichtswesen zeigt, daß in neunundneunzig unserer Staaten und Territorien das mittlere Schuljahr 1873 nur vierundeinenhalben Monat, also nicht Hälfte des deutschen Schuljahrs, dauerte. Aus den obigen Angaben geht hervor, daß Deutschland im öffentlichen Unterricht der Quantität nach etwa dreimal so viel leistet, als die Ver. Staaten, von der Qualität nicht zu reden.

Kriegsrüstungen in Europa.

Wie colossal seit einiger Zeit gerüstet wird geht aus nachstehender Zusammenstellung hervor, die wir in europäischen Blättern finden: „Für Deutschland hat das neue Landsturmgesetz eine dem Zahlenverhältniß nach noch gar nicht zu bestimmende Steigerung seiner Wehrkraft in Aussicht genommen. Selbst die Zahl der Landsturmbataillone auch nur entsprechend der Zahl der Landwehrbezirke angenommen, würde sich dadurch ein erstes Landsturmaufgebot von resp. 273 Infanterie Bataillonen 18 Landsturm-Cavallerieregimentern, 55 Batterien u. eine unbestimmte Anzahl Spezialtruppen ergeben, was nach dem jetzigen Militärfuß resp. 270 000 Mann Infanterie, 18 000 Reitern. 11 000 Mann Feldartillerie, insgesammt einem zu recht über 300,000 Mann zu veranschlagenden ersten Landsturmaufgebot gleichkommt.

In Frankreich muß nach dem Gesetz der Stand der gedienten Mannschaften zu circa 1 800 000 Mann anwachsen, zu welcher activen Macht dann eine nicht minder umfangreiche Landsturmeinrichtung, wie in Deutschland hinzukommt. In Rußland wird in wenigen Jahren bei einer stehenden Armee von 750 000 Mann ein Reservestand von circa 1 740 000 Mann vorhanden sein. England hat sich ebenfalls in diesem Jahre in den Stand gesetzt fortan zur eigenen Landesvertheidigung sofort mehr als 500,000 Mann aufzubieten, und bei einer Theilnahme an einem festländischen Kriege hierzu unmittelbar 70—80 000 Mann nach dem Kriegsschauplatze entsenden zu können. Auch Oestreich ist mit der Fortbildung einer neuen Wehrorganisation jetzt soweit vorgerückt, um mit einer activen Macht von beinahe 600,000 Mann in einen Krieg eintreten zu können. Italien würde dies jetzt mit 400 000 Mann vermögen, und selbst die Türkei hat ihre Wehrmacht im Verlaufe des letzten Jahres so bedeutend verstärkt und gekräftigt, um bei